

Gewerkschaften als Faktoren der Entwicklung in Lateinamerika

Diplom-Sozialwirt Hans-Ulrich Büniger studierte zunächst evangelische Theologie, dann Sozialwissenschaften in Nürnberg und Göttingen. Praktika beim Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV in Stuttgart. Von 1967 bis 1969 Aufenthalt in Buenos Aires (Argentinien) als Lateinamerika-Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zur Zeit arbeitet er als Lateinamerika-Referent des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung.

I. Einige allgemeine Charakteristika)*

Nach einer Mitteilung der Comision Economica para America Latina (CEPAL) der Vereinten Nationen hatte Lateinamerika 1970 bereits 284 251 000 Einwohner¹⁾. Die Bevölkerungswachstumsrate ist mit 3,1 vH²⁾ — im lateinamerikanischen Durchschnitt — sehr hoch, wobei zwischen Ländern wie Argentinien und Uruguay mit einer Rate von etwa 1,5 vH, Haiti und Bolivien (wo einer hohen Geburten- eine besonders hohe Sterberate gegenübersteht) mit etwa 2,5 vH und Costa Rica mit rund 4 vH jährlich erhebliche Unterschiede bestehen³⁾.

Konnten 1955 etwa 59,9 Mill. Einwohner zur wirtschaftlich aktiven Bevölkerung gerechnet werden, so werden es 1957 voraussichtlich ca. 97,4 Mill. sein. Davon waren 1955 rund 50,7 vH in der Landwirtschaft und 49,3 vH in anderen

*) Dieser Aufsatz basiert u. a. auf einem bereits veröffentlichten Artikel des Verfassers: „Zur politischen Rolle der lateinamerikanischen Gewerkschaften“, aus: „Politik in Lateinamerika“, Hrsg. Klaus Lindenberg, Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Band 84, Hannover 1971, S. 126—141.

1) „La Nacion“, Buenos Aires 12. 1. 1971.

2) Carmen A. Miro: „The Population of Latin America“, in: „Latin America and the Caribbean — A Handbook“, Hrsg. Claudio Veliz, New York, Washington 1968, S. 666—673, S. 666.

3) *Ibid.*, S. 672.

Wirtschaftszweigen beschäftigt. Die Schätzungen sehen bis 1975 eine Verringerung des Anteils der in der Landwirtschaft Beschäftigten auf etwa 36 vH voraus, während 54 vH aller Arbeitnehmer anderen Sektoren zuzurechnen sein werden⁴⁾. Auffallend groß ist in fast allen lateinamerikanischen Ländern der hohe Anteil der im Handel und im Dienstleistungssektor Beschäftigten, der durchweg bei 20—30 vH liegt⁵⁾.

Die Kenntnis der außerordentlich großen Unterschiede in der Einkommens- und Besitzverteilung in den meisten lateinamerikanischen Ländern kann hier vorausgesetzt werden. Das durchschnittlich jährliche Pro-Kopf-Produkt betrug 1960 noch rund 250 US-Dollar⁶⁾. Bei allen Angaben über die sozialen Verhältnisse in Lateinamerika ist allerdings zu berücksichtigen, daß dieser Subkontinent ein breites Spektrum von relativ wohlhabenden bis hin zu entsetzlich armen Ländern umfaßt. Bezeichnend ist, daß die stärksten Gewerkschaften sich gerade in den reicheren Ländern befinden, während die ärmsten bisher am wenigsten in der Lage waren, diese Selbsthilfeorganisationen der abhängig Beschäftigten zu schaffen — abgesehen von Bolivien, einem Sonderfall, in dem die zunächst erfolgreiche Revolution von 1952 ihre Ausbildung ermöglichte.

Angaben über die Zahl der in Gewerkschaften organisierten Arbeitnehmer sind in Lateinamerika gewöhnlich mit großer Vorsicht zu behandeln, vor allem, wenn sie von Gewerkschaftsführern stammen. Man kann davon ausgehen, daß in ganz Lateinamerika nur etwa 6,6 Millionen Arbeitnehmer Gewerkschaften angehören⁷⁾. Dies bedeutet nicht nur im Verhältnis zur Bevölkerungszahl, sondern auch im Hinblick auf die Zahl der abhängig Beschäftigten einen außerordentlich *niedrigen Organisationsgrad*. Dabei ist dieser in den einzelnen Ländern sehr verschieden: Bei einer wirtschaftlich aktiven Bevölkerung von rund 8,5 Millionen⁸⁾ erreicht Argentinien mit einer Mitgliederzahl von etwa 2,5 Millionen Arbeitnehmern⁹⁾ einen Organisationsgrad, der mit dem in der Bundesrepublik Deutschland vorfindlichen zumindest vergleichbar ist. Brasilien (ca. 22 Mill. Arbeitnehmer) und Mexiko (ca. 11 Mill. Arbeitnehmer) verfügen über je ca. 1 Mill. Gewerkschaftsmitglieder¹⁰⁾, also einen bereits erheblich niedrigeren Organisationsgrad. Wesentlich höher ist er in Kuba seit der castristischen Revolution: Auf etwa 2 Mill. Arbeitnehmer entfallen etwa 800 000 Gewerkschaftsmitglieder. Länder mit bedeutsamen Gewerkschaftsverbänden sind ferner: Chile mit etwa 300 000¹¹⁾ Gewerkschaftsmitgliedern bei rund 2,5 Mill. Beschäftigten, Venezuela

4) Victor Alba: „Politics and the Labor Movement in Latin America“, Stanford, California 1968, S. 205 (Tabelle).

5) *Ibid.*, S. 206 (Tabelle).

6) *Ibid.*, S. 207 (Tabelle).

7) *Ibid.*, S. 211 (Tabelle); andere Autoren kommen auf größere Zahlen. So geht Jorge Barria von einer Gesamtzahl von 11,78 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern ganz Lateinamerika aus. Jorge Barria: „The Trade Union Movement“, in: „Latin America and the Caribbean — A Handbook“, Hrsg. Claudio Veliz, a. a. O., S. 736—742, S. 741.

8) Victor Alba: „Politics and the Labor Movement in Latin America“, a. a. O., S. 206.

9) *Ibid.*, S. 211. 10) *Ibid.* 11) *Ibid.*, Tabellen S. 206 und 211.

mit rund 250 000 Mitgliedern (ca. 2,4 Mill. Arbeitnehmer), Peru mit ca. 200 000 Mitgliedern (3,8 Mill. Arbeitnehmer), Kolumbien mit ca. 150 000 Mitgliedern bei etwa 4,5 Mill. Beschäftigten und Bolivien mit ca. 100 000 Gewerkschaftsangehörigen bei ca. 1,5 Mill. abhängig Beschäftigten. Die übrigen 11 lateinamerikanischen Länder haben zusammen nur etwa 300 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer. Aus den vorstehenden Zahlen ergibt sich, daß die Gewerkschaften nur in einigen Ländern Lateinamerikas eine bedeutsame Rolle im politisch-sozialen Wandlungsprozeß spielen können. Mit der sich beschleunigenden Zunahme der Industriearbeiterschaft dürften die Gewerkschaften an Einfluß gewinnen.

Die lateinamerikanischen Gewerkschaften stellen in erster Linie Interessenvertretungen von *in Arbeitsverhältnissen* stehenden Industriearbeitern, von Beschäftigten des Bergbaus, von Bauarbeitern, sowie — in besonders starkem Maß — von Arbeitnehmern im Bereich der öffentlichen Dienste und des Handels dar, wobei die Schwerpunkte jeweils denen der vorherrschenden Wirtschaftszweige entsprechen. Landarbeitergewerkschaften sind in Lateinamerika fast durchweg schwach. Nun ist jedoch in Lateinamerika jeder, der Arbeit hat, insbesondere aber der Industriearbeiter, als ein Privilegierter zu bezeichnen gegenüber der ständig anwachsenden Zahl der *Arbeitslosen*. Zudem ist das Bevölkerungswachstum fast überall größer als die Zunahme von Arbeitsplätzen. Die entscheidende Frage für die Zukunft und die entwicklungspolitische Bedeutung der lateinamerikanischen Gewerkschaften wird es daher sein, ob sie in der Lage sein werden, die Interessen dieser marginalen, sich am Rande des Existenzminimums bewegenden proletarischen Schichten wirksam mitzuvertreten, um deren Integrierung in die Gesellschaft zu ermöglichen und ihnen ihren gerechten Anteil am Volkseinkommen zukommen zu lassen. Die Gefahr ist groß, daß die Gewerkschaften einen Zweifrontenkampf gegen die Arbeitgeberseite *und* gegen die Habenichtse führen, um auf diese Weise die Interessen der in ihnen organisierten Besitzer von Arbeit zu vertreten. Dies braucht lautstarke Lippenbekenntnisse zugunsten der verelendeten Randschichten nicht auszuschließen. Wollen sich die Gewerkschaften auch mit Aussicht auf größeren Erfolg für die Verbesserung der Lage dieser Schichten einsetzen, wird es kaum ausreichen, wenn sie sich auf die Regelung der Beziehungen zu den Arbeitgebern, auf die Erreichung materieller Erfolge und wirtschaftlicher Verbesserungen für die Arbeitnehmer beschränken, ohne in einer weit angelegten Strategie auf eine grundlegende Veränderung der wirtschaftlichen und politischen Machtstrukturen hinzuwirken.

//. Die „Politisierung“ der lateinamerikanischen Gewerkschaften

Vollkommen falsch wäre es, bei der Betrachtung der lateinamerikanischen Gewerkschaften europäische oder nordamerikanische Maßstäbe anlegen zu wollen. *Boris Goldenberg* gelangte bereits 1964, ausgehend von einer an den Charakteristiken europäischer Gewerkschaften ausgerichteten Definition, zu der Feststellung, lateinamerikanische Gewerkschaften seien eigentlich gar keine Gewerk-

schaften im europäischen Sinne. Der Akzent liegt dabei auf der Funktion der Gewerkschaften auf dem Arbeitsmarkt¹²⁾. Demgegenüber erfüllen die lateinamerikanischen Gewerkschaften in der Mehrzahl der Fälle eine eminent *politische Funktion*. Sie verfolgen ihre Ziele meist nicht „selbständig und unabhängig von parteipolitischen und kirchlichen Einflüssen“¹³⁾, was zum Beispiel in der Bundesrepublik wesentlich für die Anerkennung einer Arbeitnehmervereinigung als Gewerkschaft ist, sondern in enger Verflechtung mit politischen Parteien und/oder unter wesentlicher kirchlicher oder staatlicher Einflußnahme. Die Tatsache einer solchen Politisierung sagt jedoch als solche noch nichts über die Funktion der Gewerkschaften und über die Effektivität ihrer Arbeit aus. Diese Effektivität könnte durchaus durch eine enge Verflechtung zwischen Gewerkschaften und Parteien eher gewährleistet sein, als wenn sie nicht existierte. Andererseits birgt die Politisierung erhebliche Gefahren in sich.

Wie an anderer Stelle noch ausführlicher gezeigt werden soll, haben sich in Lateinamerika in vielen Fällen politische Parteien eigene Gewerkschaftsorganisationen geschaffen, um auf diese Weise über eine zusätzliche Massenbasis für die Durchsetzung ihrer politischen Ziele zu verfügen. Solche Gewerkschaften sind in ihrer Politik in hohem Maße vom innerparteilichen Geschehen abhängig. Parteispaltungen haben oft sogleich auch die Spaltung der entsprechenden Gewerkschaft zur Folge. Dies wiederum führt zu einer ständigen Schwächung der Gewerkschaften bei der Durchsetzung ihrer gewerkschaftlichen Ziele. Es ist ein beliebtes Mittel der Politik gewerkschaftsfeindlich eingestellter Regierungen, solche Spaltungserscheinungen zu begünstigen¹⁴⁾.

Es gibt jedoch auch gute Gründe für diese Politisierung. *Ein gemeinsames Vorgehen aller arbeitnehmerfreundlichen Kräfte, also von Gewerkschaften, progressiven Parteien und bedeutenden Schichten der Intelligenz — vor allem an den Universitäten — ist angesichts der in Lateinamerika allgemein vorherrschenden für die Arbeitnehmer (und die Randschichten) ungünstigen wirtschaftlichen und politischen Machtstrukturen dringend erforderlich. Nur so können auch die Interessen der marginalen Schichten wirksam und erfolgversprechend vertreten werden.* Dies sind nach allgemeiner Erfahrung in Lateinamerika die Kreise, die immer wieder in vereinigten machtvollen Demonstrationen den herrschenden Oligarchien Zugeständnisse abgerungen haben.

Aber auch aus finanziellen Gründen haben lateinamerikanische Gewerkschaften das Mittel des politischen Verhandelns entwickelt. Da sie — abgesehen von einigen argentinischen Gewerkschaften — kaum in der Lage wären, Streikunter-

12) Boris GoJdenberg: „Gewerkschaften in Lateinamerika“⁰, Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Hannover 1964, S. 180.

13) LAG Düsseldorf, Beschluß vom 11. 9. 1959, Arbeitsrechtliche Blätter, D Tarifvertrag II, II. Abschluß, Entscheidungen 2.

14) Ramón Pugh: „Los campesinos venezolanos, organización política, Liderazgo y economía“, in: „Revista Mexicana de Sociología“, Vol. XXXI, No. 4, Octubre-Diciembre 1969, Instituto de Investigaciones Sociales UNAM, S. 990 f.

Stützungen auszuzahlen, könnten die Arbeitgeber Arbeitskämpfe stets in Kürze zu ihren Gunsten entscheiden. Mit politischen Mitteln wird daher — gegebenenfalls mit Unterstützung der den Gewerkschaften nahestehenden Parteien — Druck auf Arbeitgeber und Regierungen ausgeübt. Fabrikbesetzungen und mehr oder weniger machtvolle Demonstrationen vor Regierungsgebäuden gehören zum gängigen „Verhandlungsrepertoire“ dieser Art, dessen Mittel, da schnelle Erfolge benötigt werden, rasch bis zur Ausrufung des Generalstreiks und zu Aufrufen zum Regierungssturz ausgeweitet werden. — Zur politischen Orientierung der Gewerkschaften trägt ferner bei, daß in den meisten Ländern die Arbeitsbedingungen (Mindestlöhne — für Staatsbedienstete die gesamten Löhne —, Überstunden, Urlaubsanspruch, Gesundheit, soziale Sicherheit) im wesentlichen durch die Regierungen bestimmt werden. Die für die Arbeitnehmerschaft wichtigen Entscheidungen fallen auf politischer Ebene. Die gesamte Wirtschaftspolitik befindet sich in staatlichen Händen¹⁵). Es kann somit nicht verkannt werden, daß die politischen Einflußmöglichkeiten der meisten lateinamerikanischen Gewerkschaften erheblich größer sind als ihre gegen die Arbeitgeber gerichteten wirtschaftlichen.

Nicht verkannt werden sollen in diesem Zusammenhang auch negative Erscheinungen, die die Politisierung begünstigen: Die Gewerkschaften wären zu kollektiven Verhandlungen mit der Arbeitgeberseite nur dann befähigt, wenn sie über eine straffe Organisation und einen festen Mitgliederstamm verfügten. Abgesehen davon, daß dies ohnehin schwierig zu erreichen ist, sind aber auch viele Gewerkschaftsführer an einer solchen Organisationsform nicht wirklich interessiert, da sie die demokratische Kontrolle scheuen. So betrug im Jahre 1969 bei der Mehrheit der argentinischen Gewerkschaften die Beteiligung der Mitgliedschaft an den Wahlen zur Erneuerung der Führungsgremien durchweg weniger als 10 vH. Ein weiterer Grund für dieses Desinteresse ist die Korruption vieler Gewerkschaftsführer¹⁶). Jedoch können all diese Erscheinungen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Politisierung der Gewerkschaften in Lateinamerika im allgemeinen ein notwendiges Übel darstellt.

///. *Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Lateinamerika*

In *Kolumbien* spiegeln die beiden Gewerkschaftszentralen CTC (Confederacion de Trabajadores de Colombia) und UTC (Union de Trabajadores de Colombia) die parteipolitische Situation im Lande wider: Erstere, die die ältere ist, steht der Liberalen Partei nahe, die UTC der Konservativen Partei, die wiederum eng mit der Katholischen Kirche verbunden ist. Über die enge Verbindung der UTC mit der Konservativen Partei kann auch nicht hinwegtäuschen, daß sie sich formal für parteipolitisch neutral erklärt¹⁷). Das gilt auch für die CTP (Confederacion

15) Henry A. Landsberger: „The Labor Elite-Is it revolutionär?“, in: „Elkes in Latin America“, hrsg. von Seymour Martin Lipset und Aldo Solari, London, Oxford, New York 1967, S. 256—300, S. 290.

16) *Ibid.*, S. 282—284.

17) „Labor Law and Practice in Columbia“, United States Department of Labor, Bureau of Labor Statistics, BLS Report No. 127, Washington 1962, S. 23; Max Diamant: „Wandlungen im gewerkschaftlichen Sektor Kolumbiens“, hektographiert, Centro de Estudios Democraticos de America Latma — CEDAL —, San Jose/Costa Rica 1969.

de Trabajadores del *Perú*). Tatsächlich ist die CTP schon personell eng mit der einst unter dem Vorzeichen einer revolutionären Linkspartei angetretenen Alianza Populärrevolucionaria Americana (APRA) verbunden. Nach dem Militärputsch vom 3. Oktober 1968, der eine vom bisherigen Typus in Lateinamerika abweichende Militärregierung reformistischer und nationalistischer Tendenz an die Macht brachte, die dabei ist, wesentliche Forderungen der APRA zu verwirklichen, scheint jedoch der unmittelbare Einfluß der APRA auf die CTP zurückgegangen zu sein.

In *Bolivien* hatte die revolutionäre Regierung des Präsidenten *Victor Paz Estenssoro* (MNR-Movimiento Nacionalista Revolucionario) 1952 ein „co-gobierno“ eingeführt, das der COB (Confederación Obrera Boliviana)¹⁸⁾ das Recht gab, eine Liste von Namen vorzulegen, aus der der Präsident folgende „Arbeits“-Minister auszuwählen hatte: Arbeit, Minen und Petroleum, Transport und Landwirtschaft. Die COB pflegte alle Mitglieder des MNR-Nationalkomitees zu benennen. Nach dem Rechtsrutsch des MNR sind in der COB auch anarcho-syndikalistische, sozialistische und kommunistische Gewerkschaftsverbände vertreten¹⁹⁾. Beispielhaft für Lateinamerika scheint die *chilenische* Gewerkschaftsbewegung nach dem Wahlsieg der *Unidad Popular* unter Führung von *Dr. Salvador Allende* den ihr zukommenden Anteil an der Revolutionierung der Machtstrukturen im Lande zu erfüllen. Für die Verstärkung des Einflusses des Gewerkschaftsverbandes CUT (Central Unica de Trabajadores de Chile) ist der in feierlicher Zeremonie am 7. Dezember 1970 von Staatspräsident Allende und der CUT unterzeichnete Vertrag kennzeichnend, der unter der Losung „Politik des Konsensus, nicht der Konflikte“ die Gewerkschaften u. a. an der Leitung der gemischt- und vollstaatlichen Unternehmen beteiligt, einen Gewerkschaftspflichtbeitrag vorsieht und den Gewerkschaften die nachdrückliche Unterstützung der Regierungspolitik zur Aufgabe macht. Die Abhängigkeit ist gegenseitig, da auch die Parteien der „Unidad Popular“ (mit der KP unterhält CUT enge Kontakte) und die Regierung die Ansichten der Gewerkschaften in Rechnung stellen müssen.²⁰⁾

In *Mexiko* stellt die Verbindung von Partei und Gewerkschaftsverband insofern einen Sonderfall dar, als die CTM (Confederación de Trabajadores de Mexico) als einer der drei Sektoren (sector obrero), aus denen die Regierungspartei PRI (Partido Revolucionario Institucional) besteht, indirekt an der Regierungsausübung beteiligt ist. Es herrscht jedoch der Eindruck vor, daß die CTM eher durch den PRI dominiert wird und so diesem die Kontrolle der Massen erlaubt, als daß sie andererseits — wie nunmehr in Chile — in der Lage wäre, tat-

18) „Labor Law and Practice in Bolivia“, United States Department of Labor, Bureau of Labor Statistics, BLS Report No. 218, Washington 1962, S. 19.

19) Peter Habemann: „Der IV. Kongreß der Central Obrera Boliviana in La Paz“, Codiabamba 1970, Standort Dokumentationsstelle Friedrich-Ebert-Stiftung.

20) Karl-Heinz Stanzick: „Die Administration Allende — die ersten zwei Monate in Retrospektive, II. Wirtschaftsteil“, Manuskript, Instituto Latinoamericano de Investigaciones Sociales (ILDIS), Santiago de Chile, Januar 1971, S. 28 f.

sächlich wesentlichen Einfluß auf die Regierungsgeschäfte zu nehmen²¹). Die bereits früher starke Gewerkschaftsbewegung in *Argentinien* wurde von Präsident *Juan Domingo Peron* (1945—1955) planmäßig zu seinem bedeutendsten Instrument beim Ausbau und zur Festigung seiner Macht entwickelt, indem er die wichtigsten Führungspositionen der Einzelgewerkschaften und der Dachorganisation CGT (Confederación General de Trabajo) mit seinen Anhängern besetzte. Seit her — auch nach dem Sturz Perons und ohne Regierungsunterstützung — stellt die CGT einen überaus mächtigen Faktor im innerpolitischen Kräftespiel dar. Es ist überhaupt — bei allen möglichen Einwänden gegen den Peronismus — als eines der Hauptverdienste der peronistischen Gewerkschaftspolitik vor 1955 anzusehen, den Gewerkschaften zu einem Einfluß verholfen zu haben, über den auch die reaktionärsten Regierungen nicht hinweggehen konnten. So stürzte die Militärregierung *Onganía* 1970 nach von den Gewerkschaften organisierten machtvollen Demonstrationen und Arbeiterunruhen, die in der Stadt Cordoba im Mai 1969 ihren Ausgang nahmen. Hier gelang auch *die für die Bedeutung der Gewerkschaften im entwicklungspolitischen Prozeß so bedeutsame Solidarisierung zwischen den bestbezahlten organisierten Industriearbeitern der Stadt und ihren Führern einerseits und den proletarischen Randschichten andererseits*. Bemerkenswert ist, daß im Sonderfall des Peronismus die Position der Gewerkschaften stets ungleich stärker war als die der peronistischen (= justizialistischen) Partei²²).

IV. Die internationalen Beziehungen der lateinamerikanischen Gewerkschaften

Ziel internationaler Zusammenschlüsse von Gewerkschaften ist es im allgemeinen, ein Gefühl der Solidarität zu schaffen, das möglichst zu gemeinsamen Aktionen zugunsten der arbeitenden abhängigen Massen führen soll. Die Möglichkeit liegt auf der Hand, daß von solchen Aktionen entwicklungspolitisch bedeutsame Effekte ausgehen können, zumal wenn an den internationalen Zusammenschlüssen auch Gewerkschaften bereits entwickelter Länder beteiligt sind, aus deren Potential heraus den Gewerkschaften unterentwickelter Länder Unterstützung gegeben werden kann.

Bezeichnenderweise sind jedoch die bestehenden überregionalen Gewerkschaftszusammenschlüsse in Lateinamerika ständig von Krise zu Krise getaumelt. Dafür gibt es mehrere Gründe. Zum einen ist die vorwiegend marxistisch orientierte Vorstellung von der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse dort höchstens bei Arbeitnehmern aus europäischen Einwandererkreisen ins Bewußtsein gedrungen, während sie der lateinamerikanischen Bewußtseinslage einiger-

21) Robert K. Furtak: „Revolutionspartei und politische Stabilität in Mexiko“, Schriftenreihe des Instituts für Ibero-Amerika-Kunde, Band 12, Hamburg 1969, S. 37, Hans-Rudolf Hörn: „Mexico: Revolution und Verfassung“, Schriftenreihe des Instituts für Ibero-Amerika-Kunde, Band 10, Hamburg 1968, S. 63—66.

22) Klaus Dressel: „Die gewerkschaftliche Situation in Argentinien“, Manuskript, Buenos Aires 1970, Standort Dokumentationsstelle FES; Hans-Ulrich Büniger: „Der Spaltungskongreß der argentinischen CGT im März 1968, Buenos Aires 1968, Manuskript, Standort Dokumentationsstelle FES. — Nähere Angaben zu anderen Ländern: siehe Artikel des Verfassers „Zur politischen Rolle der lateinamerikanischen Gewerkschaften“, a. a. O.₃ insbesondere Venezuela.

maßen fremd war. Zum anderen existiert ein geschichtlich begründetes Mißtrauen gegen jegliche außerlateinamerikanische Einflüsse, die bisher in den bestehenden Zusammenschlüssen wirksam waren und noch sind.

Das gilt insbesondere für die lateinamerikanische Regionalorganisation des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG, Sitz Brüssel), die „Organización Regional Interamericana de Trabajadores“ (ORIT, Sitz Mexiko), die schon in ihrem Namen einen inneren Widerspruch aufweist²³): Sie nennt sich einerseits „regionale Organisation“, erscheint also als auf Lateinamerika beschränkt, andererseits tritt sie auch als „interamerikanische Organisation“ mit Einschluß der US-Gewerkschaften auf. Die schon aus finanziellen Gründen bestehende Übermacht der US-Gewerkschaften in dieser Organisation sowie die von ihr auf Betreiben der US-Gewerkschaften verfolgte Politik der Partnerschaft mit dem Kapitalismus nordamerikanischer Prägung in Lateinamerika, des sturen Antikommunismus und der gleichzeitigen Stützung von Diktatoren wie *Batista* in Kuba, sowie die Billigung von US-Aktionen des „dicken Knüppels“ gegenüber Lateinamerika zur Wahrung nordamerikanischer Kapitalinteressen, wie im Falle der US-Invasion in Santo Domingo im Jahre 1965²⁴), haben dieser Organisation in Lateinamerika das Image eines Handlangers des nordamerikanischen Imperialismus verschafft, so daß ihr auf lange Zeit hin jegliche Möglichkeit, die Zustimmung der heute im wesentlichen anti-nordamerikanisch ausgerichteten arbeitenden Massen Lateinamerikas und ihrer Führer zu erlangen, verbaut sein dürfte.

Die nordamerikanische American Federation of Labor / Congress of Industrial Organizations (AFL/CIO) hat sich zudem mit dem in den meisten lateinamerikanischen Ländern arbeitenden „American Institute for Free Labor Development“ (AIFLD, Spanisch: „Instituto Americano para el Desarrollo del Sindicalismo Libre“ — IADSL) ein weiteres Instrument zur Indoktrination lateinamerikanischer Gewerkschaftsideologie geschaffen. Dieses Institut ist eine gemeinsame Gründung des AFL/CIO und wichtiger US-Unternehmen, die sämtlich zu den bedeutendsten in Lateinamerika tätigen US-Firmen gehören. *J. Peter Grace*, Vorsitzender des AIFLD-Verwaltungsrats und Präsident der Firma *W. R. Grace & Co.*, die in Lateinamerika Schiffsgesellschaften, Zuckerlatifundien, Destillieren, Textilfabriken und andere wirtschaftliche Aktivitäten betreibt, erklärte die gemeinsamen in ihren Auswirkungen hochpolitischen Ziele der Geschäftswelt, der Gewerkschaften und der Regierung der Vereinigten Staaten mit folgenden Worten, die in Lateinamerika nur als Paradebeispiel für den „US-Imperialismus“ angesehen werden können: „Through the AIFLD business, labor and government have come together to work toward a common goal in Latin America namely sup-

23) Max Diamant: „Zur gewerkschaftlichen Situation in Lateinamerika — Der Konflikt um die AFL-CIO und die OR.IT“, Centro de Estudios Democráticos de América Latina — CEDAL —, San José/Costa Rica 1969; Zur Entwicklung der Beziehungen zwischen AFL-CIO und IBFG siehe: „Sindicalismo: El Escenario Político — Social y los Cambios — Una Documentación, Reihe „Documentos y Comentarios“, Hrsg. Fundación Friedrich Ebert und Centro de Estudios Democráticos de América Latina — CEDAL —, San José/Costa Rica, März 1969.

24) Susanne Bodenheimer: »The AFL/CIO in Latin America. The Case of the Dominican Republic“, in: Viet-Reportj September-Oktober 1967.

porting the democratic form of government, the capitalistic System and general well-being of the individual. It is an outstanding example of a national consensus effectively at work for the national interest of the United States and for the best interests of the people of Latin America²⁵)."

Erstaunlich ist dabei, daß die nordamerikanischen Gewerkschaften in ihrer Lateinamerikaarbeit es als eines ihrer Hauptziele ansehen, die lateinamerikanischen Gewerkschaften aus ihrer „Politisierung“ zu befreien und sie zu ihrer „eigentlichen“ Aufgabe, der kollektiven Wahrnehmung der Arbeitnehmerinteressen auf dem Arbeitsmarkt, zurückzuführen. In direktem Widerspruch dazu steht die wichtigste Aufgabe des AIFLD, nämlich die Ausbreitung des „Kommunismus“ in Lateinamerika zu verhindern²⁶). Andererseits gab in einer Rundfunkdiskussion am 12. Juli 1964 *William Doherty jr.*, damals Direktor der Abteilung für Soziale Projekte und heute Gesamtadministrator des AIFLD, die direkte Beteiligung des AIFLD beim Sturz der demokratisch gewählten brasilianischen Regierung von *Joao Goulart* zu, die eine den Interessen des US-Kapitals zuwiderlaufende Politik betrieb, damit den noch heute an der Macht befindlichen Militärs den Weg ebend.

Die Teilnehmer der Kurse des AIFLD sollen in den Gewerkschaften ihrer Heimatländer den „apolitischen“ Gewerkschaftsflügel stärken, der sich auf „Kollektivverhandlungen“ beschränkt. Damit üben diese genau die eminent „politische“ Funktion aus, diese lateinamerikanischen Gewerkschaften zu spalten und eine politisch-sozialrevolutionäre Gewerkschaftspolitik zu verhindern, die den Notwendigkeiten Lateinamerikas entsprechen, jedoch den Interessen des US-Kapitals und sonstiger Verteidiger der traditionellen Strukturen entgegenstehen würde²⁷). Es wird daher zu fragen sein, ob die im Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) repräsentierten Gewerkschaftsverbände in ihrem Willen, die lateinamerikanischen Gewerkschaften in ihrem Kampf um gerechtere und bessere Lebensbedingungen zu unterstützen, dies in einer für Lateinamerikaner glaubhaften und akzeptablen Weise tun können, ohne einen klaren Trennungstrich zu allen von der nordamerikanischen AFL/CIO und ihren Hilfsorganisationen in Lateinamerika getragenen Aktivitäten zu ziehen. Der auf Betreiben ihres Präsidenten *George Meany* erfolgte Auszug der AFL/CIO aus dem IBFG, der bis heute nicht rückgängig gemacht wurde, hat die lateinamerikanische (und interamerikanische!) Regionalorganisation des IBFG, die ORIT, in eine schwere Krise geführt, da sie sich in ihren Führern, vor allem ihrem Generalsekretär *Arturo*

25) „Labor Policies and Programs“, A Study Prepared at the Request of the Subcommittee on Latin American Republic Affairs by the Staff of the Committee on Foreign States, Senate, Committee Print, July 15} 1968, Washington, S. 15.

26) „Labor Policies and Programs“, a. a. O., S. 13: Wiedergabe von *William Doherty jr.*, Administrator von IAJDLS (AIFLD): „To-wnhall Speech“, June 1966: „In Latin America, the key question of our times is the future road of their revolution: Toward Communist totalitananism or toward democracy. For the American labor movement this is one of the paramount, pivotal issues; all other questions . . . must remain secondary. This is the direct challenge confronting free trade unionists.“

27) „Labor Policies and Programs“, a. a. O., S. 4.

Jáuregui, bis jetzt so gut wie ausschließlich der nordamerikanischen Gewerkschaftspolitik verpflichtet fühlte. In letzter Zeit scheint sich jedoch eine Verbesserung der Beziehungen zwischen dem IBFG und der AFL/CIO in der ORIT anzubahnen. Zudem zeigte die ORIT großes Interesse an einer verstärkten Zusammenarbeit mit europäischen und kanadischen Gewerkschaften, um eine breitere Basis zu finden.

Die lateinamerikanische Abneigung gegen fremde Einflüsse erschwerte auch der kommunistisch orientierten „Confederacion de Trabajadores de America Latina“ (CTAL) das Dasein, da bei ihr ebenfalls außerlateinamerikanische Fernsteuerung vermutet wurde. Sie wurde 1964 durch die „Conferencia Permanente de Unidad Sindical de América Latina“ (CPUSTAL — Ständige Konferenz für Gewerkschaftseinheit in Lateinamerika), die dem kommunistischen Weltgewerkschaftsbund (WGB) nahesteht und auf Lateinamerika beschränkt ist, abgelöst²⁸⁾. Ihr gehören u. a. folgende nationalen Gewerkschaftsverbände an, die jeweils in ihrem Land die größten Organisationen darstellen: „Central Unica de Trabajadores“ (CUT-Chile), „Convencion Nacional de Trabajadores“ (CNT-Uruguay) und die „Confederacion General de Trabajadores del Peru“ (CGTP-Peru, dort allerdings ist die von der Populistenpartei APRA beherrschte CTP größer). Die CPUSTAL bemüht sich um verstärkte Aktionseinheit, die jedoch gegen die ORIT und das AIFLD gerichtet ist. Sie ist ziemlich unbedeutend.

Kontakte bestehen zwischen CPUSTAL und CLAT („Confederacion Latinoamericana de Trabajo“), der Nachfolgeorganisation der CLASC („Confederacion I atinoamericana de Sindicalistas Cristianos“). Hauptziel dieser Organisation ist die Schaffung einer unabhängigen lateinamerikanischen Gewerkschaftsföderation, jedoch konnte auch sie nicht dem Ruf entgehen, ebenfalls ausländischen Einflüssen unterworfen zu sein, wobei ausdrücklich auch die finanzielle Hilfe des Internationalen Bundes Christlicher Gewerkschaften mit Sitz in Brüssel, das Institut für Internationale Solidarität in Bonn und Misereor Erwähnung finden²⁹⁾. Versuche der CLASC (CLAT), Kontakte zur ORIT aufzunehmen, die insbesondere der Generalsekretär der CLASC (CLAT), *Emilio Máspero*, unternommen hat, wurden von der ORIT zurückgewiesen³⁰⁾.

Die CLASC (CLAT) hat zweifellos in den letzten Jahren einen Radikalisierungsprozeß durchgemacht, der zu einem erheblichen Teil dadurch bedingt sein dürfte, daß sie zu besonderer Radikalität neigende Gruppen ländlicher Arbeiter — so die „Federacion Campesina Latinoamericana“ (FCL) — an sich binden konnte und auch im Bereich des Proletariats der städtischen Elendsviertel („cinturones de pobreza“) Einfluß gewann³¹⁾, also jeweils in Teilen der untersten

28) Weltgewerkschaftsbewegung Nr. 7/1970, Sondernummer Lateinamerika.

29) Efrén Cordova: „El neosindicalismo cristiano en America Latina“, in: *Revista de Ciencias Sociales*, Vol. 12 (2), Rio Piedras/Puerto Rico, S. 255—295 (Ebf. als CIDOC-Publikation 69/120, S. 1—41, dort über das Verhältnis ORIT-CLASC, S. 34—38, hier S. 27 f.).

30) ORIT-Forum on the Political and Social Situation in the Hemisphere in the Light of the current Developments, April 6, 1972, Draft Agenda, S. 7.

Randschichten der lateinamerikanischen Gesellschaft. Auch das kubanische Modell dürfte seinen Eindruck nicht verfehlt haben. Die heute so bedeutenden Gruppen der „Priester für die Dritte Welt“ stehen ebenfalls zum Teil der CLAT nahe. Für die weitere Zukunft der CLAT wird indes nicht allein die revolutionäre Phraseologie, sondern auch die notwendig werdende klare Definition und Durchführung eines Aktionsprogramms entscheidend sein.

Im Hinblick auf die allgemein und in fast allen Bevölkerungsschichten zu beobachtende Aversion gegen ausländische Einflüsse wird zu fragen sein, ob eine schlagkräftige regionale Gewerkschaftsorganisation in Lateinamerika nicht rein lateinamerikanisch sein muß. Eine solche rein lateinamerikanische Organisation, die *selbständig* ihre progressiven Vorstellungen und Aktionsprogramme definiert, die entsprechend den Notwendigkeiten in einigen Ländern bis hin zu einer authentisch revolutionären Praxis reichen können, würde in der Lage sein, ohne sich zu kompromittieren, freundschaftliche Kontakte zu außerlateinamerikanischen Gewerkschaftszusammenschlüssen zu pflegen und in besonderen Fällen auch Unterstützung anzunehmen. Eine solche Unterstützung ist insbesondere im Bereich der Bildungshilfe zu begrüßen, da nur fachlich befähigte Gewerkschafter, die mit volkswirtschaftlichen und soziologisch-politologischen Gesetzmäßigkeiten vertraut sind, im Prozeß der Umwandlung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Struktur eine an den Realitäten ausgerichtete Rolle spielen können.

31) Efrén Cordova: „El neosindicalismo cristiano en América Latina“, a. a. O., S. 39